

Prof. Heiner Flassbeck: Aktuelle Informationen zur Ukraine und Diskussion über Globalisierung

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Zain Raza (ZR): Vielen Dank für Ihr Interesse heute und willkommen zu einer weiteren Folge von Die Quelle. Ich bin Zain Raza und unterhalte mich heute mit dem Wirtschaftswissenschaftler und Autor Heiner Flassbeck. Heiner Flassbeck war in den späten 90er Jahren Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, wo er auch den ehemaligen Finanzminister Oskar Lafontaine beriet. Von 2003 bis 2012 war er außerdem Leiter der Abteilung Makroökonomie und Entwicklung bei der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung. Heiner Flassbeck, vielen Dank für Ihre Zeit heute.

Heiner Flassbeck (HF): Es ist schön, hier zu sein.

ZR: Beginnen wir mit einigen wirtschaftlichen Entwicklungen im Zusammenhang mit der Ukraine. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und 15 weitere Kommissare besuchten vor Kurzem die Ukraine, um das zehnte Sanktionspaket gegen Russland anzukündigen und Pläne für die Einführung eines Preisgefälles bei in Russland hergestellten raffinierten Erdölzeugnissen sowie für die Beschlagnahmung des russischen Staatsvermögens vorzulegen, das in den vorangegangenen Sanktionsrunden eingefroren wurde. Haben Ihrer Einschätzung nach die bisherigen Sanktionen ihre Ziele erreicht? Und falls nicht, glauben Sie, dass die jüngste Initiative dies tun wird?

HF: Nein, sie haben eindeutig nicht das erzielt, was erreicht werden wollte. Denken Sie nur an die deutschen Politiker, die behaupteten, dies würde die russische Wirtschaft ruinieren. Wir wurden darauf hingewiesen, dass die Aufgabe von SWIFT eine Katastrophe sein würde. Das stimmt aber nicht immer. Russland liefert sein Öl und Gas anderweitig aus, und das sind homogene Produkte. Wenn es also nach Asien geleitet wird, kommt es als russisches Gas zurück, aber man kann es nicht mehr als russisches Gas oder Öl identifizieren. Es war also

von Anfang an äußerst naiv zu glauben, man könne ein paar Sanktionen verhängen und dann wäre der Konflikt gelöst und Russland würde zerstört. Nein, der Konflikt muss gelöst werden, aber mit ganz anderen Mitteln als nur mit neuen Sanktionen. Und wie wir gezeigt haben, habe ich mit einem Kollegen vor einiger Zeit – vor genau einem Jahr – gezeigt, dass die Ukraine schon lange einem EU-Beitritt nahe gewesen war. Es wurden ihr alle Rechte und die Offenheit eingeräumt, die ein Land erwarten kann. Und was geschah? Nichts Gutes für die Ukraine. Es war eine Katastrophe für die Ukraine, die letzten zehn Jahre bereits vor dem Krieg waren eine Katastrophe, eine wirtschaftliche Katastrophe für die Ukraine. Die Gründe dafür können wir immer noch nicht nachvollziehen. Das ist eine größere Lektion, die wir über Öffnung lernen müssen, darüber, dem Land offene Märkte anzubieten und das Paradies zu versprechen. Das ist nicht so. Das ist es ganz und gar nicht. Offene Märkte können eine Bedrohung für Länder, Schwellenländer und Transformationsländer sein.

Die Ukraine ist, wie viele andere osteuropäische Länder auch, immer noch ein Land im Umbruch. Schauen Sie sich in der Welt um, in Afrika und Lateinamerika erleben wir das auch. Unser Bundeskanzler war kürzlich in Lateinamerika und hat versucht, neue Beziehungen zu knüpfen. Aber offensichtlich ist das nicht so einfach. Zunächst müssen wir gute Freundschaften schließen, wirklich gute Freundschaften, bevor wir die Menschen dazu bringen können, bei jeder Gelegenheit und in jeder Position an unserer Seite zu stehen. Wir sind also nicht die besten Freunde. Für viele Länder sind wir Feinde, weil wir in der Vergangenheit viel falsch gemacht haben.

ZR: Sie haben bereits die Ukraine als kleinen Teil Europas erwähnt. Als Ursula von der Leyen vor Ort war, wurde auch der mögliche Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union diskutiert. Als jemand, der die Wirtschaftspolitik der Europäischen Union gegenüber den südlichen Ländern wie Griechenland und Italien verfolgt und analysiert hat, was können wir im Falle eines Beitritts der Ukraine zur Europäischen Union erwarten?

HF: Irgendwann ist zu lang; aber würde sie innerhalb der nächsten fünf Jahre zum Mitglied, wäre das eine Katastrophe für das Land. Das ist völlig klar. Wir beobachten das in osteuropäischen Ländern, die Mitglieder der EU und sehr eng mit der Europäischen Währungsunion verbunden sind, zum Beispiel in Bulgarien. Bulgarien steht kurz vor dem Zusammenbruch innerhalb der EU und niemand beschäftigt dies. Das Land hat in den letzten zwei Jahren etwa die vierte Wahl hinter sich, wobei die Demokratie keineswegs funktioniert. Die Demokratie bringt immer die gleichen Figuren hervor, die gleichen korrupten und unfähigen Männer – Männer und Frauen, um fair zu sein. Das Ergebnis ist eine Katastrophe. Das Ergebnis ist eine wirtschaftliche Katastrophe und niemanden interessiert es. Die EU begibt sich nicht dorthin, Ursula von der Leyen begibt sich nicht dorthin und fragt: Was läuft schief? Warum seid ihr in so einer schwierigen Situation? Denken Sie an Ungarn, an Polen, an die baltischen Staaten. Sie haben jetzt Inflationsraten von 20 Prozent, viel zu hoch, viel höher als hier im Westen. Und sie sinken nicht in dem Maße, wie sie im Westen sinken. Aber das kümmert niemanden. Die Europäische Kommission hat eine sehr selektive Sicht auf all

diese Dinge. Vor allem von der Leyen kümmern die Probleme nicht. Sie kümmert sich nur um ihre politische Agenda und kämpft gegen Russland, in einer törichten Art und Weise. Sie ist der Aufgabe definitiv nicht gewachsen.

ZR: Selenskyj kündigte vor kurzem an, er lade amerikanische Konzerne ein, in die Ukraine zu investieren. Dazu gehören Giganten wie J.P. Morgan und Goldman Sachs, und auch BlackRock ist bereit, um bei der Koordinierung von Investitionen in der Ukraine in verschiedenen Sektoren zu helfen. Der Vorstandschef von BlackRock sagte kürzlich, ich zitiere ihn hier: „Ich glaube, dass diejenigen, die wirklich an ein kapitalistisches System glauben, die Ukraine mit reichlich Kapital fluten werden.“ Wenn die Europäische Union nicht dazu beiträgt, die Situation in der Ukraine zu ändern, glauben Sie dann, dass die amerikanische Konzernwelt sie in eine erfolgreiche Wirtschaft verwandeln kann?

HF: Oh, was für eine Misere. Ich bedaure sie schon jetzt. Sollten sie mit Milliarden aus den USA überschwemmt werden, wird die Katastrophe größer sein als nur durch die Öffnung nach Europa. Denn was soll das bedeuten? Das ist wirklich ein äußerst törichter Ansatz. Zuallererst braucht die Ukraine stabile makroökonomische Bedingungen. Die konnte sie in den letzten zehn Jahren nicht aus eigener Kraft gewährleisten. Und der Westen half nicht. Wenn also Geld in die Ukraine fließt, bedeutet das Spekulation. Wir kennen diese Leute. Sie sind ungebunden. Sie kommen und gehen im Handumdrehen. So würden sie das Land dann endgültig zerstören. Wenn Russland nicht in der Lage ist, dies zu tun, werden sie es ganz sicher schaffen. Ich meine, das ist der unglaublichste Ansatz, von dem ich je gehört habe. Investoren einzuladen, so genannte Investoren, diese Menschen, die mit Milliarden auf allen Märkten spekulieren – sie zerstören Volkswirtschaften. Sie haben Volkswirtschaften in Asien, in Afrika, in Lateinamerika zerstört, und man lädt sie zum Aufbau des Landes ein, nun, das übersteigt meine Vorstellungskraft, muss ich sagen.

ZR: Die Inflationsrate in der Eurozone ist stärker gesunken als erwartet. Im Januar stiegen die Verbraucherpreise um 8,5 %. Im Dezember lag die Inflationsrate dagegen bei 9,2 %, und im vergangenen Oktober wurde ein Rekordwert von 10,6 % verzeichnet. Mit dem Rückgang im Januar hat sich die Inflation den dritten Monat in Folge abgeschwächt, weshalb die EZB angekündigt hat, die Zinssätze erneut anzuheben, um die Inflation weiter zu bekämpfen. Glauben Sie, dass die Anhebung der Zinssätze die Inflation weiter eindämmen wird? Und zweitens, welche Auswirkungen wird sie auf die Bevölkerung haben?

HF: Zunächst einmal verfolgte die EZB bis Januar oder Februar letzten Jahres, also bis 2022, einen recht intelligenten Ansatz. Bis dahin hatte sie den Standpunkt: Dies ist vorübergehend, dies sind vorübergehende Preissteigerungen und wir können nicht viel dagegen tun. Und das stimmt immer noch, aber die EZB hat sich grundlegend geändert, Madame Lagarde vollzog eine 180-Grad-Wende und hat nie erklärt, warum. Und jetzt kämpfen sie gegen etwas, das gar nicht existiert.

Ich habe heute einen Artikel mit einer Kollegin von mir, Friederike Spieker, veröffentlicht – er ist auf meiner Seite „Relevante Ökonomik“ zu finden. Morgen werde ich ihn auf Flassbeck Economics auf Englisch veröffentlichen. Wir haben eine einfache Berechnung durchgeführt. Die Erzeugerpreise fallen, so auch die Verbraucherpreise. Wir haben also drei Monate lang angenommen, dass die von Ihnen erwähnten Raten die Raten im Vergleich zum Vorjahr sind, aber relevanter für die jüngsten Entwicklungen ist die Rate im Vergleich zum Vormonat. Im Vergleich zum Vormonat sind die Raten also in absoluten Zahlen rückläufig, und zwar seit drei Monaten.

Wir haben eine sehr einfache Übung vorgenommen. Wir fragten nämlich: Was wäre, wenn die Preise von Februar an nicht weiter sinken, sondern dort bleiben, wo sie sind? Was würde das für die monatliche Inflationsrate im Vergleich zum Vorjahr und für die durchschnittliche Inflationsrate für das ganze Jahr '23 im Vergleich zu '22 bedeuten? Die Antwort ist recht überraschend: bereits im Juli, wenn die Preise genau dort verbleiben, wo sie jetzt sind, also nicht weiter fallen, was sehr unwahrscheinlich ist, sie wahrscheinlich weiter sinken müssen, aber wenn sie dort bleiben, wo sie sind, wird das Inflationsziel der EZB im Juli dieses Jahres erreicht werden; dann wird die Rate unter 2 % liegen. Und wenn wir das ganze Jahr über mit diesen konstanten Preisen, absolut konstanten Preisen, fortfahren, dann wird der durchschnittliche Anstieg für das Jahr '23 im Vergleich zu '22 2,4 % betragen. Es ist also absolut lächerlich, von einer laufenden Inflation zu sprechen. Es gibt keine laufende Inflation.

Wir erleben überall eine Normalisierung. Wie ich schon sagte, die Normalisierung muss nicht andauern; falls sie jetzt endet, werden wir absolut flache Zinsen verzeichnen. Falls sie noch zwei oder drei Monate weiter fallen, dann werden wir Mitte des Jahres negative Zinsen erleben. Und dann bin ich wirklich gespannt, was die EZB unternehmen wird. Dann muss sie von einem Tag auf den anderen wieder auf Null senken oder so etwas in der Art. Ich hoffe, dass dann ganz viele Leute schnell ihren Rücktritt einreichen; all die Leute, die für diese blödsinnige Politik verantwortlich sind. Die Politik ist wirklich idiotisch. Es gibt jetzt keine Beschleunigung der Inflation in Europa. Sie ist rückläufig. Es gibt keine Beschleunigung der Lohnerhöhungen. Das wäre wirklich eine Bedrohung. Aber der Arbeitskostenindex, den wir von Eurostat haben, der letzte stammt aus dem dritten Quartal '22, da lag der Anstieg der Nominallöhne – also der Lohnkosten – in Europa bei 2,9 %. Das ist wirklich überhaupt nicht inflationär. Ganz und gar nicht.

Wir haben in Deutschland gesehen, dass es einige sehr vernünftige Verträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gibt. Die Gewerkschaften sind vernünftig gewesen. Wir haben einmalige Zahlungen, aber die permanente Erhöhung ist absolut nicht inflationär. Und zum jetzigen Zeitpunkt ist es töricht, die Zinssätze zu erhöhen. Aber es ist noch törichter, anzukündigen, dass man eine Zinserhöhung in den nächsten Monaten vornehmen wird. Ich bin gespannt, was passiert, wenn im nächsten Monat der Zinssatz weiter sinkt. Dann ist völlig eindeutig, dass das Ergebnis für das gesamte Jahr unter dem Ziel der EZB liegen wird.

ZR: Warum werden dann die Zinssätze immer weiter erhöht? Wer profitiert und wer verliert davon?

HF: Ich kann Ihnen sagen, wer davon profitiert: Die Banken profitieren. Die Banken sind die Nutznießer. Sie haben Reserven bei der EZB. Und auf diese Reserven bekommen sie jetzt etwa 3 %. Sie tun nichts und bekommen dafür 3 % auf viele Milliarden Euro. Ein wunderbares Geschäft, stellen Sie sich das vor! Und diese Dummköpfe, wir haben schon über die Hedgefonds gesprochen, sind sehr glücklich. Sie können Staatsanleihen kaufen und bekommen dafür 3 bis 4 %. Das ist wunderbar: Sie kaufen sie für 30 Jahre und müssen sich dann nicht mehr um ihre Rente kümmern. Es gibt eine Menge Gewinner.

Aber es gibt auch Verlierer: In Deutschland zum Beispiel bricht der Bausektor gerade regelrecht zusammen. Es handelt sich um eine Implosion, bei der in Deutschland festgestellt wird, dass viele neue Wohnungen benötigt werden, neue Wohnungen für 400 bis 600.000 Menschen pro Jahr, und die Auftragseingänge für den Wohnungsbau sind seit dem letzten Jahr um 60 % zurückgegangen, vom Höchststand, der vor genau einem Jahr erreicht wurde, bis heute, im Dezember etwa, sind es 60 %. Stellen Sie sich diese Implosion vor, wie ich schon sagte, die nicht mehr existiert. Das kümmert niemanden; das ist der Kollateralschaden, wir können nichts dagegen tun. Ich kann mich nur wiederholen: Es sitzen in vielen unserer Institutionen Personen an der Spitze, die der Aufgabe nicht gewachsen sind. Sie sind für diese Aufgabe nicht geeignet. Sie können nichts begründen.

Ich muss nicht Madame Lagarde oder andere Personen erwähnen, aber es ist überall dasselbe. Wir haben niemanden, der in der Lage ist, aufzustehen und zu sagen, warum das alles geschieht. Was ist die Alternative? Was könnte man in Betracht ziehen? Aber wir haben nichts dergleichen. Sie sitzen nur da und sagen: Wir haben beschlossen, dies zu tun und das zu tun ... Und niemanden interessiert es. Die Medien sind still. Sie kritisieren nie etwas. Die Gefahr ist eine Gefahr für die Demokratie. Wenn es so weitergeht, verlieren wir die Demokratie. Das ist der springende Punkt, denn Demokratie kann nur existieren, wenn es eine offene, freie Diskussion gibt. Aber niemand ist an einer offenen und freien Diskussion über diese Angelegenheiten interessiert. So kommt es, wie es kommt. Und niemand ist jemals für irgendetwas verantwortlich. Nie, niemals, übernimmt irgendwer die Verantwortung.

ZR: Lassen Sie uns das Thema wechseln und zu globalen Fragen übergehen. Sie haben kürzlich auf Ihrer Website Flassbeck Economics einen Artikel über Globalisierung veröffentlicht. Können Sie unseren Zuschauern zunächst dieses Konzept vorstellen und dann erläutern, wie sich dieser Begriff im Laufe der Zeit entwickelt hat?

HF: Was wir jetzt erleben, geht über die Diskussion auf nationaler Ebene hinaus. Auf internationaler Ebene gibt es eine sehr gefährliche Bewegung, diesen Hype, der von den USA ausgeht, dass wir eine Konkurrenzposition zu China und natürlich auch Russland einnehmen müssten, was für Europa extrem gefährlich ist. Denn wie ich in diesem Artikel gesagt habe,

kann es keine Globalisierung à la carte geben. Die westlichen Länder dominieren ohnehin den gesamten Prozess der Globalisierung, mit Ausnahme von China. China war erfolgreich, aber viele andere sind zurückgefallen, wie ich bereits erwähnt habe.

Globalisierung à la carte würde bedeuten, dass wir keine Märkte öffnen. Wir öffnen nicht einmal unsere Märkte. Wir öffnen nicht einmal den Markt, aber wir tun dies auf selektive Weise. Wir betreiben eine selektive Globalisierung. Wir schreiben den Entwicklungsländern vor, was wir von ihnen wollen, aber alles andere liegt in unserer freien Entscheidung. So reiste der deutsche Bundeskanzler nach Lateinamerika und verhandelte über Rohstoffe. Sicher, wir haben Bedarf an Rohstoffen, aber er hat nichts anderes versprochen. Er hat nicht versprochen, Brasilien bei der Spekulation mit seiner Währung zu helfen, was das größte Problem der früheren Lula-Regierung war. Dann tun sie nichts dergleichen. Wir weigern uns generell, über unsere Intervention in diesen Länder in den letzten 20 bis 40 Jahren durch den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank zu sprechen. Das war das Schlimmste, was wir diesen Ländern angetan haben. Aber wir weigern uns, darüber zu diskutieren. Wir versuchen nur, die Rosinen herauszupicken. Sobald wir sie haben, kümmern wir uns nicht mehr um diese Länder; was auch immer mit ihnen geschieht.

ZR: Was ist also die Lösung? Was braucht die Welt tatsächlich, um sowohl für den globalen Süden als auch für den globalen Norden ein Wachstum zu erzielen, das auch ein gerechtes Ergebnis gewährleistet?

HF: Die wichtigste Komponente für eine solche Lösung ist etwas, das wir in den ersten 20 Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg mit Bretton Woods hatten. Wir brauchen also ein System mit festen Wechselkursen. Feste, aber flexible oder anpassbare, nennen wir es anpassbare Wechselkurse, nicht flexible, denn das klingt wieder nach Markt. Die Märkte haben dramatisch versagt. Ich habe bereits diese Spekulanten erwähnt, sie brachten die zweite Lula-Regierung in Brasilien zu Fall, und bei vielen anderen Gelegenheiten haben sie die Industrie und die Strukturen in den Entwicklungsländern, den Schwellenländern, sogar in den hoch entwickelten Schwellenländern wie Brasilien, wirklich zerstört. Was wir also brauchen, ist ein System, das den Ländern hilft, ihre Inflationsrate intern und ihren Wechselkurs extern zu stabilisieren. Genau das braucht die Welt.

Von offenem Handel ohne diese Komponente zu sprechen, ist ohnehin sinnlos. Es ist absolut unnützlich. Man benötigt beides. Man braucht ein stabiles und gutes Handelssystem sowie ein stabiles und gutes Währungssystem. Es sind Zwillinge. Man kann sie nicht voneinander trennen. Man kann nicht behaupten, man wolle ein offenes Handelssystem, aber im Finanzbereich, wie mein Freund Larry Summers aus den USA immer sagte: „Auf der Finanzseite gibt es die Wall Street. Die Wall Street entscheidet und die Herren von BlackRock, also die Guten, wissen, was zu tun ist.“ Nein, das funktioniert nicht. Das ist das Hauptproblem, über das wir uns weigern zu sprechen. Wir brauchen definitiv einen anderen

Ansatz als den des Internationalen Währungsfonds. Falls wir so etwas wie den Internationalen Währungsfonds haben sollten.

Jetzt diskutieren die lateinamerikanischen Länder wieder über Alternativen. Ich hoffe sehr, dass sie fähig und mutig genug sind, so etwas zu tun, denn in der Vergangenheit war das oft nicht möglich. Wir hatten die BRICS, aber die BRICS war ein sehr schwacher Versuch, sich von den westlichen Institutionen des Nordens abzukoppeln. Ich hoffe sehr, dass Lula und andere in der Lage sind, in diese Richtung zu gehen und dass sie in der Lage sind, eine Lösung für Lateinamerika zu finden. Es ist absolut notwendig, aber wir benötigen dies auch für Afrika. In Afrika haben viele Länder wirklich törichte Währungssysteme. Einige sind an den Euro, an die westlichen Länder, an die ehemaligen französischen Kolonien gebunden. Sie sind an den Euro gekoppelt, aber ohne jegliche Hilfe. Andere wiederum sind an den südafrikanischen Rand gebunden. Aber der südafrikanische Rand selbst ist ständig von Spekulationen bedroht. Was wir also für die ganze Welt brauchen, ist ein echtes globales System.

Wir müssen uns von den alten Institutionen befreien. Der IWF muss reformiert werden. Entweder muss er dramatisch reformiert werden, abgewandt vom Neoliberalismus – der gescheitert ist – hin zu einem völlig neuen Ansatz. Oder wir brauchen eine andere Sichtweise. Wenn die Schwellenländer mich fragen würden, ist meine Empfehlung ganz klar: Ich sage, ihr müsst es alleine schaffen. Vergesst die Amerikaner. Die interessieren sich nicht dafür. Sie sind zufrieden mit dem IWF. Der IWF betreibt den Neoliberalismus, etwas, das die USA in den USA niemals akzeptieren würden. Das berühmte Sprichwort der USA lautet ja: Folge unseren Anweisungen, aber tu nicht, was wir tun. Und so würden sie niemals eine der Empfehlungen des IWF akzeptieren. Aber für andere Länder ist dies in Ordnung, weil sie die anderen Länder weiterhin in Schach halten und die Vormachtstellung der USA nicht gefährdet wird.

ZR: Sie haben erwähnt, dass Deutschland Brasilien einen Besuch abgestattet hat und dass dort viel über den Abbau von Ressourcen gesprochen wurde, aber wenig über Spekulation. Sie erwähnten auch soeben, dass Spekulation eine Bedrohung darstellt. Könnten Sie unseren Zuschauern erklären, warum Spekulation eine solche Bedrohung darstellt? Und von wem wird sie beherrscht? Sind es diese großen globalen Finanzinstitute, die viel investieren und auf Länder spekulieren? Können Sie dieses Konzept näher erläutern?

HF: Es handelt sich ganz einfach um den sogenannten Carry Trade. Die Spekulation ist, Zitat, „Carry Trade“. Das bedeutet, dass Geld in bestimmte Länder transportiert wird. Das machen die Hedgefonds der Welt, sowie die großen Banken, und zwar überall, in allen Ländern. Das Ganze ist denkbar einfach. Schauen Sie sich die Länder der Welt an, in denen die Zinssätze relativ hoch sind. Sie sehen zum Beispiel Brasilien. Brasilien hat stets viel höhere Zinssätze als der Rest der Welt, die entwickelten Länder. Was tun Sie also? Sie nehmen einen Kredit in Japan oder in dem Land mit dem niedrigsten Zinssatz auf und leihen

sich Geld. Wenn Sie ein großer Hedgefonds sind, können Sie sich so viel Geld leihen, wie Sie wollen. Sie leihen sich 5 Millionen und bringen sie nach Brasilien. Sie tauschen sie in den brasilianischen Real, die brasilianische Währung, um und erhalten dann einen Zinssatz von 10 %. Sie zahlen nichts für die Kreditaufnahme, weil der Zinssatz in Japan sehr niedrig ist und Sie in Brasilien etwa 10 % erhalten, ein hervorragendes Geschäft.

Die Sache ist wirklich einfach und das Risiko relativ gering, weil diese Zinssätze von den Zentralbanken festgelegt werden und sich nicht über Nacht ändern, die ganze Linie und die Zinspolitik. Der einfache Nebeneffekt ist also, dass der brasilianische Real aufwertet, und das geschah während der Lula-Regierungen, beider Lula-Regierungen, aber vor allem während der zweiten Regierung vor der großen globalen Krise. Das Ergebnis ist pervers: Die Währung eines Landes, das eine hohe Inflation aufweist, wird aufgewertet. Das ist genau das Gegenteil von dem, was der Fall sein sollte. Sie sollte abwerten, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stabilisieren. Sie sollte abwerten, weil ihre Preise höher sind als die Preise im Rest der Welt.

Sie müssten also abwerten, aber in Wirklichkeit werten sie ihn auf. Sie werten ihn auf, und das destabilisiert das Land dramatisch. Die Zentralbank könnte also dagegen vorgehen und die Zinssätze erhöhen. Aber letztendlich geraten viele Länder in eine sehr schwierige Situation. Sie wurden von den Amerikanern politisch unter Druck gesetzt, nicht permanent in die Märkte einzugreifen, weil dieses wunderbare Geschäft weiterlaufen soll. Wir haben das in vielen Ländern der Welt gesehen und es hat enormen Schaden angerichtet. Aber niemand spricht darüber, wissen Sie, meine Kollegen, die Ökonomen, sie denken stets an das Gleichgewicht. Sie sprechen von effizienten Finanzmärkten, die es in Wirklichkeit gar nicht gibt. Aber das ist ihnen egal. Und so ignoriert der IWF das Problem.

Als ich in Deutschland stellvertretender Finanzminister war, bin ich als erstes zum IWF gegangen und habe über diese Dinge gesprochen. Sie hatten keine Ahnung. Sie sagten, sie hätten keine Ahnung davon, aber sie wussten es. Sie ignorierten es einfach. Ich möchte Ihnen eine sehr interessante Anekdote erzählen. Der damalige brasilianische Finanzminister, ich habe den Namen vergessen, der Finanzminister von Lula, reiste durch die Welt und verkündete: „Wir haben einen Währungskrieg.“ Stellen Sie sich vor, der brasilianische Finanzminister erklärte, sie litten unter einem Währungskrieg gegen diese Spekulanten, und niemand würde ihm zuhören. Niemand, überhaupt niemand wollte ihm zuhören. Dann ging er nach Genf, er ging zur WTO hier in Genf. Sie organisierten ein Treffen, eine Konferenz, ein Seminar über dieses Problem. Die Brasilianer wollten eine offene Diskussion über ihre Überbewertung und die Spekulationen führen. Wissen Sie, was geschah? Vier Institutionen wurden eingeladen: die OECD, der IWF, die Weltbank und meine Organisation, die UNCTAD.

Der stellvertretende Chefökonom des IWF erklärte: „Oh, meine Damen und Herren, das ist sehr komplex. Es ist sehr komplex. Wir arbeiten daran. Aber ich kann Ihnen keine Antwort darauf geben, was getan werden sollte.“ Dann folgte die Weltbank und sagte: „Oh, meine Damen und Herren, leider muss ich mich meinem Kollegen vom IWF anschließen. Es ist sehr

komplex. Zu komplex.“ Dann kam der OCD-Mann und sagte genau dasselbe. Alle drei sagten: Es ist kompliziert. Dann trat ich auf. Ich war der einzige Idiot in der Stadt, der sagte: „Oh, meine Damen und Herren, es ist überhaupt nicht komplex. Sie müssen nur bedenken, dass es Spekulationen gibt. Spekulation, sonst nichts. Es ist nicht komplex. Man kann es von einem Tag auf den anderen aus der Welt schaffen.“ Wow, was für ein Schock! Die amerikanische Delegation verließ sofort den Raum, weil sie das nicht hören wollte, und ich habe wieder einmal viele Freunde gemacht.

ZR: Sie sprachen davon, dass dieses Wechselkurssystem auch ein Währungssystem braucht. Früher hatten wir das Bretton-Woods-System, das viel strengere Kapitalverkehrskontrollen vorsah als heute. Das wurde, glaube ich, 1972 abgeschafft, als der Nixon-Schock kam. Könnten Sie darüber sprechen, wie ein Währungssystem heute aussehen würde, wenn wir es einführen würden, und wer es verwalten würde? Die Beziehungen des Westens zu China und Russland sind gerade an einem Tiefpunkt.

HF: Ja, das stimmt. Braucht man eine internationale Organisation – lassen Sie mich damit beginnen: Man braucht eine internationale Organisation, um sie zu leiten, dafür wurde der IWF gegründet. Das war die Idee eines berühmten Wirtschaftswissenschaftlers, Mr. Keynes. Dieses System wurde allein von ihm geschaffen. Obwohl es nicht genau das System war, das Keynes beabsichtigte, war es im Prinzip das von Keynes nach dem Krieg angedachte System. Und der IWF sollte es leiten, aber der IWF sollte es als fairer Fürsprecher aller Seiten leiten und nicht als Sklave des Finanzministeriums der Vereinigten Staaten. Genau das ist das Problem. Die Europäer sind genauso, ich will den Amerikanern nicht die Schuld für alles geben. Die Europäer machen die gleichen Fehler wie die Amerikaner. Das ist also der erste Punkt.

Der zweite Punkt besteht darin, dass man vielleicht Kapitalkontrollen braucht. Wir wissen es nicht, aber man muss pragmatisch an die Sache herangehen. Es gibt kein Dogma, das besagt, dass man Kapitalkontrollen nicht anpassen sollte. Sogar der IWF hat inzwischen eingesehen, dass man manchmal Kapitalkontrollen braucht. Aber das Wichtigste ist, wie ich schon sagte, dass man die Spekulation beseitigen muss. Die Hedgefonds müssen abgeschafft werden. Und sie verschwinden im Handumdrehen, wenn die internationalen Organisationen sagen, wir wollen diese Art von Spekulation nicht, der Real muss abwerten, wenn die Inflationsrate in Brasilien höher ist als anderswo, dann geschieht das. Es wird einfach passieren. Jeder wird es glauben, und so ist das eine sehr einfache Angelegenheit.

Auch bei den Rohstoffen müssen wir die Spekulationen loswerden. Das ist also sehr einfach. Es kann von einem Tag auf den anderen verboten werden, wenn die Großmächte sagen, Spekulation mit Rohstoffen ist nicht mehr erlaubt; dann wird es sie nicht mehr geben und sie werden aus diesen Hedgefonds und BlackRock aussteigen und sie würden alle aus diesem Geschäft ausscheiden, weil sie nicht illegal arbeiten wollen. Das ist also ganz einfach. Es sind ganz einfache Fakten, aber niemand will sie hören, denn hinter all dem steckt das große Geld.

Die Wall Street, wie wir wissen. Ich möchte nicht sagen, dass die Leute, Männer und Frauen, dafür bezahlen, aber sie zahlen hohe Gebühren für ... berühmt wurde mein Kollege Larry Summers, er musste seine Archive öffnen, als er Finanzminister der Vereinigten Staaten wurde. Man hat festgestellt, dass er für einen Tag bei Goldman Sachs, wenn ich richtig liege, 125.000 Dollar bekam. Kein schlechtes Honorar. Und natürlich ist man nett zu den Leuten, die einen bezahlen.

ZR: Sie haben in Ihrem Artikel auch den Klimawandel erwähnt, und zwar in Bezug auf die Forderung des globalen Nordens an den globalen Süden, seine Reduktionsziele zu erreichen, ohne Technologie und Know-how bereitzustellen. Können Sie das näher erläutern und wie es in den soeben geführten Globalisierungsdiskurs passt?

HF: Der Sachverhalt ist ziemlich ähnlich. Es gab dieser Tage ein Interview von Ursula von der Leyen, unserer wunderbaren Kommissionspräsidentin. Sie sagte: „Wir wollen Weltmarktführer in der grünen Technologie sein.“ Das war's dann auch schon. Das ist genau der falsche Ansatz. Wenn Europa Weltmarktführer in grüner Technologie sein will, dann kann man den Rest vergessen, und auch der Rest wird nicht kooperieren. Warum sollten sie kooperieren? Sie müssen dämlich sein, weil sie für alles bezahlen müssen, was sie dort benötigen. Und es ist extrem schwierig, den Menschen in einem Entwicklungsland, in einem armen Entwicklungsland, zu erklären, dass man jetzt die ganze Infrastruktur umstellt, dass man auf Wind- und Solarenergie umsteigt, mit all den Unwägbarkeiten, die damit verbunden sind – wir sehen es in Deutschland.

Aber nichtsdestotrotz, wenn man auf erneuerbare Energien umsteigt, wird es Milliarden kosten. Man sagt den Bürgern einfach: „Leider müssen wir das tun. Wir müssen das tun. Wir werden Öl abschaffen, weil wir die Guten in dieser Welt sind.“ Und so zahlen wir die Kosten dafür, obwohl wir das Geld nicht haben. Das ist unmöglich. Es wird nicht passieren. Es wird niemals geschehen. Wenn wir wollen, dass die Entwicklungsländer sich engagieren, dann sollten wir den Spieß umdrehen und sagen, wir machen sie zum Weltmarktführer in grüner Technologie, das wäre ein guter Ansatz. Aber nein, wir werden erneut Weltmarktführer. Jetzt sind wir Weltmarktführer in allem Möglichen, in Autos und Werkzeugmaschinen und wer weiß was. Wir wollen nun auch Weltmarktführer in grüner Technologie werden, weil wir offensichtlich die Einzigen sind, die in der Lage sind, das zu schaffen. Also ja, es ist ein kolonialer Ansatz und ich kann jedes Entwicklungsland verstehen, das sagt: Nein, nicht mit diesen Leuten. Das macht keinen Sinn. Sie werden einen betrügen, wo immer sie können.

ZR: Heiner Flassbeck, Wirtschaftswissenschaftler, Autor und Gründer der Website Flassbeck Economics, vielen Dank, dass Sie sich heute die Zeit genommen haben.

HF: Danke, dass ich hier sein durfte. Auf Wiedersehen.

ZR: Und ich danke Ihnen für Ihr Interesse heute. Vergessen Sie nicht, unseren alternativen Kanälen auf Rumble und Telegram beizutreten. YouTube empfiehlt unseren eigenen Zuschauern unsere Videos nicht mehr, wie es früher der Fall war. Wenn Ihnen unsere Interviews und Analysen gefallen und Sie einen kleinen Beitrag leisten möchten, spenden Sie einfach ein paar Dollar oder Euro pro Monat über Patreon, PayPal oder per Überweisung. Ich bin Ihr Gastgeber Zain Raza, bis zum nächsten Mal.

ENDE